



Zusätzliche Tarifbeschäftigte haben Vorrang vor freiwilliger Arbeitszeitverlängerung

Nach Jahren des Personalabbaus soll die Polizei in NRW in den kommenden Jahren wieder gestärkt werden. Mitte Februar hat Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) in einer Debatte über die Folgen der Kölner Silvesternacht im Landtag angekündigt, dass bei der Polizei kurzfristig 500 Stellen geschaffen werden. Geplant sind vor allem zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte. Zudem sollen Polizisten die Möglichkeit erhalten, freiwillig über die Pensionsgrenze hinaus länger im Dienst zu bleiben. Die GdP hat das 15-Punkte-Programm der Landesregierung zur Stärkung der Polizei ausdrücklich begrüßt. Zugleich hat sie aber Bedingungen für deren Umsetzung formuliert.

1. Verstetigung der Einstellungszahlen

Erstens müssen in NRW über das Jahr 2016 hinaus mindestens 1900 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden. Noch besser wären 2000 Neueinstellungen pro Jahr. Geschieht das nicht, gehen in NRW bis 2025 erneut 1500 Polizistinnen und Polizisten verloren, zusätzlich zu dem in den letzten Jahren bereits erfolgte Personalabbau von 2000 Stellen (Grafik). Trotzdem hat die Landesregierung bislang nur erklärt, auch im Wahljahr 2017 erneut 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einzustellen. Zusagen für die danach folgenden Jahre gibt es noch nicht.

2. Vorrang für die Einstellung von Tarifbeschäftigten

Unter den 2000 Stellen, die in den letzten 15 Jahren bei der Polizei in NRW abgebaut worden sind, sind auch 500 Stellen im Tarifbereich. Deren Arbeit ist aber nicht weggefallen, sondern sie wird jetzt zu einem erheblichen Teil von den Polizistinnen und Polizisten übernommen, die dadurch für ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Schon seit Jahren tritt die GdP deshalb dafür ein, dass der Personalabbau im Tarifbereich der Polizei rückgängig gemacht wird. Arbeitsbereiche, in denen Tarifbeschäftigte eingesetzt werden können, gibt es zum Beispiel in der Ver-

kehrsprävention, in der Sachbearbeitung in den Kriminalkommissariaten und der KTU, im IT-Bereich und in der Logistik. Tarifbeschäftigte müssen zudem nicht erst drei Jahre lang ausgebildet werden, sondern können – anders als Polizeivollzugsbeamte – nach einer kurzen Einarbeitungszeit sofort eingesetzt werden. Und sie können ihre neue

3. Freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für operative Kräfte

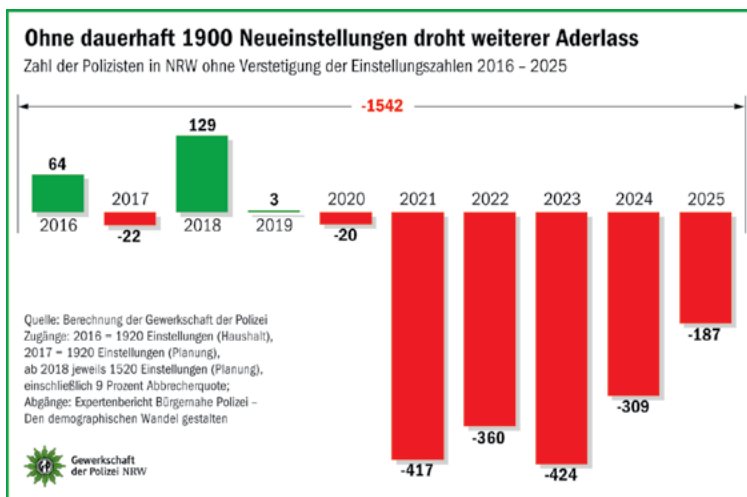
In der jetzigen Belastungssituation kann trotzdem eine zeitlich eng befristete Verlängerung der Lebensarbeitszeit einzelner Polizeibeamter Sinn machen, wenn sie über eine Qualifikation verfügen, die dringend gebraucht wird, für die es so schnell aber keinen Nach-

ersatz gibt. Die GdP wird einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit aber nur dann zustimmen, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind:

- Die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit darf nicht zu Lasten der erforderlichen Neueinstellungen gehen.

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit einzelner Beamter darf nicht zur Beförderungsbremse für alle anderen Beamtinnen und Beamten werden. Sonst wird der notwendige Generationswechsel in der Polizei blockiert, weil die stufenweise Übernahme von Führungsverantwortung verhindert würde. Deshalb muss das Land einen gesonderten Stellentopf für die Kräfte einrichten, die freiwillig länger im Dienst bleiben.

- Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit darf nicht zum Nulltarif erfolgen. Für alle, die freiwillig länger bei der Polizei ihren Dienst leisten, muss es einen



Bislang hat die Landesregierung lediglich angekündigt, dass auch im kommenden Jahr 1920 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden.

Darüber hinausgehende Zusagen, auch in den Folgejahren mehr als die bislang geplanten 1520 Anwärterinnen und Anwärter einzustellen, gibt es noch nicht.

Bleibt es dabei, verliert NRW wegen der wachsenden Pensionierungszahlen bis 2025 noch einmal 1500 Polizistinnen und Polizisten. Das ist nicht zu verkraften.

Aufgabe für lange Zeit wahrnehmen und nicht nur für wenige Jahre, wie das bei den Beamtinnen und Beamten der Fall wäre, die ihre Arbeitszeit freiwillig verlängern. Die GdP tritt deshalb nachdrücklich dafür ein, dass die Einstellung von mehr Tarifbeschäftigten Vorrang vor einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit von Polizeibeamten hat.

→ Seite 2



Ergebnisse erst kurz vor der Landtagswahl zu erwarten

Ende Januar hat der Landtag mit Stimmen von SPD, CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Ereignissen während der Kölner Silvesternacht eingesetzt. „Der Untersuchungsausschuss soll sich ein Gesamtbild über die Geschehnisse im und vor dem Kölner Hauptbahnhof machen“, hieß es im offiziellen Auftrag für den Untersuchungsausschuss. Dazu soll er klären, „ob es Fehler und Versäumnisse von Landesbehörden, insbesondere der Polizei, auch im Zusammenwirken mit der Bundespolizei gegeben hat“. In die Untersuchungen miteinbezogen werden soll zudem die Frage, ob es strukturelle Defizite bei der Polizei gibt, die den Ablauf des Polizeieinsatzes beeinflusst haben. Dazu soll der Ausschuss unter anderem prüfen, welche Rolle die Personalsituation der Polizei in NRW, die möglicherweise fehlenden Lehren aus den Polizeieinsätzen bei der HoGeSa-Demonstration im Oktober 2014 in Köln und bei der Loveparade Juli 2010 in Duisburg gespielt haben. Der Ausschuss will zudem der Frage nachgehen, ob die seit 2014 bestehende Vorgabe des Innenministeriums, bei Fußballspielen der Bundesliga weniger Polizisten einzusetzen, bei der Planung des Kräfteinsatzes für die Silvesternacht eine Rolle gespielt hat?

Mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses wollen die Parteien nach eigenem Bekunden einen Beitrag dazu leisten, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei wieder herzustellen. Ob das angesichts des immer näher heranrückenden Landtagswahlkampfes 2017 gelingen kann, bleibt abzuwarten. Zumindest die Piraten-Partei bezweifelt das. Ihr Fraktionsvorsitzender Michele Marsching erklärte während der entscheidenden Landtagsdebatte: „Wir brauchen keinen erneuten Missbrauch der Opfer für Wahlkampfzwecke.“

Die GdP wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Fortsetzung von Seite 1

Zuschlag auf ihr bisheriges Gehalt geben. So, wie das in anderen Bundesländern längst praktiziert wird, zum Beispiel in Bayern.

Über diese drei Kernforderungen hinaus hat die GdP bereits im vergangenen Jahr der Landesregierung eine ganze Reihe von Schritten vorgeschlagen, wie die aktuelle Personalnot bei der Polizei weiter gemildert werden kann:

• Einrichtung von Langzeitarbeitskonten

Seit 2010 hat die GdP immer wieder die Einrichtung von Langzeitarbeitskonten bei der Polizei gefordert, damit für die Vergütung des in den kommenden Jahren unvermeidbar bei der Polizei anfallenden Mehrdienstes eine sichere Rechtsgrundlage geschaffen wird. Bislang hat die Landesregierung nur einen auf wenige Behörden begrenzten Probeauftrag geplant. Andere Bundesländer sind hier erheblich weiter.

• Sofortige Auszahlbarkeit von Mehrarbeit

Für viele Kolleginnen und Kollegen ist bereits heute absehbar, dass sie für die in den nächsten Jahren anfallenden Überstunden keinen Freizeitausgleich bekommen werden. Schon deshalb nicht, weil sie dringend gebraucht werden. Die bisherige Regelung, dass Überstunden erst nach 12 Monaten ausgezahlt werden können und dann auch nur bis zum Umfang von maximal 480 Stunden pro Jahr, passt nicht mehr in die Landschaft. Überstunden müssen deshalb auf Wunsch in einem größeren Umfang sofort ausgezahlt werden.

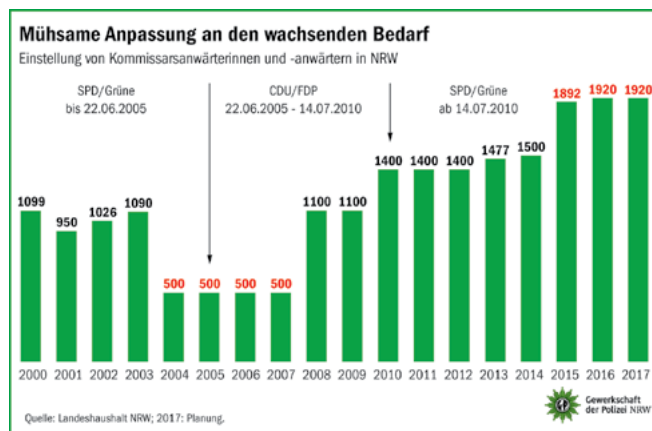
• Keine Verjährung von Mehrarbeit

Auch wenn Polizisten keine Chance haben, in der jetzigen Situation entstehende Überstunden abzubauen, verfallen sie nach drei Jahren. Lediglich für die bereits vor 2015 entstandenen

Überstunden gilt eine etwas längere Übergangsfrist von fünf Jahren. Das geht nicht. Wer in der aktuellen Bedrohungssituation von den Polizistinnen und Polizisten und den Tarifbeschäftigten der Polizei verlangt, dass sie „noch eine Schippe drauf legen“, darf nicht gleichzeitig bei ihnen die Angst schüren, dass sie für diese Mehrarbeit nie ein Ausgleich bekommen werden, weil die Stunden verfallen. Das wäre absurd.

• Aufgabenkritik endlich ernst nehmen

Nicht alle Aufgaben, die die Polizei heute wahrnimmt, müssen in Zukunft von ihr wahrgenommen werden. Nicht



2004 hat die damalige rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) die Zahl der neu eingestellten KommissaranwärterInnen und -anwärter von 1090 auf nur noch 500 Anwärter mehr als halbiert. Gleichzeitig wurde die Wochenarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten auf 41 Stunden erhöht. Nach der 2005 gewonnenen Landtagswahl haben CDU und FDP die viel zu niedrige Einstellungszahl zunächst beibehalten. Erst ab 2008 hat Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) die Zahl der Neueinstellungen wieder auf 1100 erhöht. Unter diesem massiven personellen Aderlass leidet die Polizei bis heute.

alle Arbeitsprozesse sind effektiv organisiert. Trotzdem hat das Innenministerium noch im Sommer vergangenen Jahres einen Expertenbericht vorgelegt, dessen Vorschläge sich nicht als Blaupause für eine Modernisierung der Polizei eignen. Schlimmer noch: Viele der darin enthaltenen Vorschläge würden zu einer Verschlechterung der Leistungen der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger führen, ohne deren Arbeit auch nur ansatzweise zu entlasten. Deshalb muss das Innenministerium endlich eine Arbeitsgruppe einsetzen, die die Verschlingung von Arbeitsprozessen und Verfahren bei der Polizei in den Fokus nimmt. An dieser Arbeitsgruppe ist der Hauptpersonalrat der Polizei zu beteiligen.



Ein guter Vorstoß, dem jetzt Taten folgen müssen!



Der Vorstoß von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, noch in diesem Jahr in NRW 500 zusätzliche Stellen für die Polizei bereitzustellen, war richtig und konsequent zugleich. Richtig, weil angesichts der lange noch nicht gestoppten Flüchtlingswelle in diesem Jahr auch in anderen Bereichen erneut gewaltige zusätzliche Aufgaben auf das Land zukommen werden. Nicht nur bei der Unterbringung der Flüchtlinge, sondern auch bei deren Integration. Erst im Bildungsbereich, später auf dem Arbeitsmarkt. Konsequent, weil Hannelore Kraft nach Tagen des Zögerns die Sprengkraft der Entwicklung erkannt hat, die seit der Kölner Silvesternacht nicht mehr zu stoppen ist. Ein einfaches „Weiter so!“ reicht nicht mehr, wenn der Landesregierung die Entwicklung nicht entgleiten soll. Auch nicht beim Schutz der Bürger vor Straftaten. Deshalb ist das 15-Punkte-Programm zur Stärkung der Polizei, das Kraft Mitte Januar dem Landtag präsentiert hat, ein Schritt in die richtige Richtung. Die Landesregierung hat erkannt, dass sie in die Innere Sicherheit und in den Schutz der Bürgerinnen und Bürger investieren muss, statt zu sparen.

Wenn dieser Vorstoß ernst gemeint ist, muss Kraft ihm jetzt auch Taten folgen lassen. Denn vieles, was sie Mitte Januar im Landtag als 15-Punkte-Programm präsentiert hat, war noch hinreichend unbestimmt. Es waren eher Stichworte, die noch zu füllen sind, als ein fertiges Programm. Deshalb kommt es jetzt darauf an, dass Kraft die zugesagten zusätzlichen Stellen bei der Polizei zügig bereitstellt. Und dass sie die Querschüsse aus den eigenen Reihen unterbindet. Denn nach wie vor gibt es in Teilen der beiden Regierungsfractionen ein tiefes Misstrauen gegenüber der Polizei. Die Ankündigung von Rot-Grün, trotz gegenteiligem Votum der Einigungsstelle doch noch eine Kennzeichnungspflicht für die Bereitschaftspolizei einzuführen, ist nur ein Beispiel dafür. Dabei hat die Kölner Silvesternacht gerade erst gezeigt, wie wichtig das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei ist. Der Einsatz in Köln ist nicht gut gelaufen. Aber die Polizistinnen und Polizisten in NRW haben längst begonnen, das dabei verloren gegangene Vertrauen durch ihre eigene Arbeit wieder zurückzugewinnen. Nicht von ungefähr haben viele Menschen den Polizistinnen und Polizisten, die an Karneval in Köln und anderswo eingesetzt waren, gesagt: „Gut, dass ihr da seid!“ Bei der Politik muss sich diese Botschaft offenbar erst noch herumsprechen.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Ein Stück aus Absurdistan

Unmittelbar nach den massiven Übergriffen während der Kölner Silvesternacht hat die Bundespolizei entschieden, dass ab sofort die Beamtinnen und Beamten, die im Kölner und im Düsseldorfer Hauptbahnhof ihren Dienst versehen, mit einer Bodycam ausgerüstet werden. Den Landespolizisten bleibt dieses Einsatzmittel trotzdem weiter verwehrt, weil die Grünen die Bodycam aus ideologischen Gründen ablehnen. Die Folge: Bis dreißig Meter vor dem Bahnhofsgebäude darf die Kamera eingesetzt werden, dann muss sie abgeschaltet werden, weil hier der Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei endet. Verstehen kann das keiner.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden dieser Entscheidung hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert das Vorgehen der Landesregierung als „Stück aus Absurdistan“ kritisiert.

„Hätten die Polizisten die Bodycam während der Silvesternacht zur Verfügung gehabt, wären wir bei der Ermittlung der Täter längst viel weiter“, sagte er. Überboten wird diese Fehlentscheidung nur noch dadurch, dass Rot-Grün die von der Einigungsstelle abgelehnte Kennzeichnungspflicht für die Hundertschaften jetzt über ein eigenes Gesetz doch noch einführen will. Diese Entscheidung kommt überraschend, weil inzwischen selbst Baden-Württemberg, wo die Grünen sogar den Ministerpräsidenten stellen, von der Kennzeichnungspflicht wieder abgerückt ist.

Geplant ist offenbar, dass neben der bisherigen Kennzeichnung der Hundertschaften durch eine Zahl, die Aufschluss über die Hundertschaft, den Zug, die Gruppe und die Funktion der Beamten gibt, ein zusätzlicher Buchstabe eingeführt wird, mit dem jedes

Mitglied der Hundertschaft gekennzeichnet wird. Die GdP hat das immer massiv kritisiert. „Mit der individuellen Kennzeichnung werden Polizisten als potenzielle Straftäter diffamiert. Das ist skandalös“, sagte GdP-Landesvorsitzender Plickert gegenüber den Medien. Bereits in der Vergangenheit hat die GdP zudem immer wieder darauf hingewiesen, dass die individuelle Kennzeichnung völlig unnötig ist. „Es gibt in NRW keinen einzigen Fall, wo einem Angehörigen einer Hundertschaft ein Fehlverhalten vorgeworfen worden ist, ohne dass sein Name nicht ermittelt werden konnte“, sagte Plickert. „Zudem haben wir bereits ein taktisches Kennzeichen mit Funktionsbezeichnung. Das reicht völlig aus. Aber offenbar sind kurz vor den Landtagswahlen bei Rot-Grün ideologische Ziele wichtiger als sachliche Argumente.“



GdP-Forum zur Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderer(n)

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 1,1 Millionen Zuwanderer (Flüchtlinge und Migranten) in das EDV-System EASY (Erstverteilung der Asylbegehrenden) aufgenommen. Ob damit alle Zuwanderer erfasst wurden, ist ebenso wenig mit letzter Bestimmtheit zu sagen, wie Doppel- oder Fehlerfassungen ausgeschlossen werden können. Mehr als 300 000 Zuwanderer sind allein nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Welche Herausforderungen dadurch auf die Polizei zukommen, diskutiert die GdP am 17. März unter dem Titel „Kriminalität gegen, von und unter Zuwanderer(n)“ auf ihrem Kriminalforum in Düsseldorf.

Die große Zahl der Zuwanderer stellt das Land und die Kommunen nicht nur vor das große Problem der Verteilung, Unterbringung und Versorgung, sondern auch die Integration wird zunehmend zu einem Problem. Deutschkurse und Schulunterricht, aber auch das schlichte Zusammenleben der vielen Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern, kulturellen und sozio-ökonomischen Strukturen stellen eine immense Herausforderung dar. Nicht zuletzt bringen die vielen Zuwanderer und ihr Zusammenleben aber ein weiteres Problem mit sich: die steigende Kriminalität. Zum einen ist es die Ablehnung, ja teilweise sogar der Hass, der den Menschen, die zu uns gekommen sind, entgegenschlägt. Zum anderen ist es aber auch die Kriminalität der Zuwanderer selbst, die die Strafverfolgungsbehörden und vor allem die Polizei vor große Herausforderungen stellt. Nicht zuletzt die Silvesternacht in Köln, aber auch in Hamburg und in Stuttgart

hat gezeigt, dass sich längst nicht alle, die zu uns kommen, an die Gesetze unseres Landes halten. Die Silvesternacht in Köln hat aber auch dazu geführt, dass jetzt offen und fair Probleme angesprochen werden können, ohne dass derjenige, der die Probleme benennt, dafür in die rechte Ecke gestellt wird. Genau das beabsichtigt die GdP mit ihrem diesjährigen Kriminalforum am 17. März.

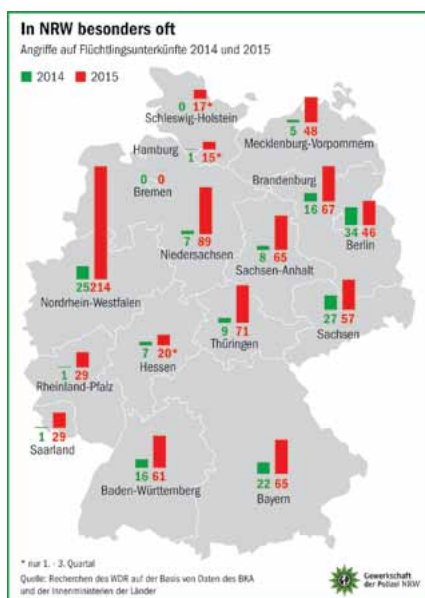
Experten aus Polizei, Wissenschaft und Kommunalverwaltung werden dort über die Situation in den Flüchtlingseinrichtungen und in deren Umfeld berichten. Polizeidirektor Peter Andres, Leiter der Verbindungsstelle der Polizei zur Bezirksregierung Arnsberg, wird über die landesweite Situation vor allem im Umfeld der Aufnahmeeinrichtungen berichten. Prof. Dr. Christian Pfeiffer, ehemaliger Leiter des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, wird über Kriminalitäts- und Integrationsprobleme im Zusammenhang mit dem enormen An-

stieg der Flüchtlinge im vergangenen Jahr referieren. Der Münsteraner Kommissariatsleiter Jürgen Tölle wird über das Schwerpunktthema „Straftaten von Zuwanderern aus nordafrikanischen Staaten“ berichten. Auf dem Forum wollen wir aber auch über den eigenen Tellerrand schauen. Die Flüchtlingsbeauftragte der Stadt Düsseldorf, Miriam Koch, wird deshalb über die Probleme einer Kommune bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms berichten und über die Probleme der Zuwanderer selbst. Wolfgang Spies, im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand der GdP für den Bereich Kriminalpolitik zuständig, und der Landesvorsitzende Arnold Plickert, werden zudem die Sichtweise, Forderungen und Positionen der GdP vortragen.

Für das Forum steht nur eine begrenzte Zahl von Teilnehmerplätzen zur Verfügung.

Anmeldung: anneliese.grenz@gdp-nrw.de

Angriffe kommen auch aus der Mitte der Gesellschaft



Mit dem starken Anstieg des Flüchtlingsstroms ist im vergangenen Jahr in Deutschland auch die Zahl der Angriffe auf die Flüchtlingseinrichtungen massiv gestiegen. 2014 gab es bundesweit 199 von der Polizei registrierte Angriffe auf Flüchtlingseinrichtungen, 2015 waren es bereits 1005. Nach den Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes waren 901 der Straftaten rechtsextrem motiviert. 2014 galt das mit 177 von 199 Übergriffen in einer ähnlichen Größenordnung. Auch wenn es sich bei der Mehrzahl der Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen um Sachbeschädigung und um Propagandadelikte handelt, macht der Polizei vor allem der starke Anstieg der Gewalttaten und der Brandstiftungen Sorge. 2015 stieg die Zahl der registrierten Gewalttaten bundesweit von 14 auf 173 Fälle. Zudem wurden 92 Brandanschläge auf

Flüchtlingseinrichtungen verübt, auch in NRW.

Besonders stark ist die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen in NRW gestiegen, von 25 Fällen in 2014 auf 214 Fälle im vergangenen Jahr (Grafik). Darunter waren 28 Gewaltdelikte und Brandstiftungen. Fünf Menschen wurden dabei verletzt. Innenminister Ralf Jäger (SPD) nannte die Entwicklung Ende Januar „absolut beschämend“. „Menschen, die zum Teil alles verloren haben und bei uns Schutz suchen, dürfen nicht mit Nazi-Methoden bedroht und verängstigt werden“, sagte er. Was die Polizei zum Schutz der Flüchtlinge tun kann und wie sie dabei von jedem einzelnen Bürger unterstützt werden kann, ist deshalb eines der Themen, die Anfang März auf dem Kriminalforum der GdP in Düsseldorf diskutiert werden.



GdP. Gemeinsam stark.

Personalräte sind immer nur so stark wie ihre Mitglieder. Und wie die Gewerkschaft, die hinter ihnen steht. Auf einer Beiratssitzung hat die GdP deshalb am 19. Januar in Sprockhövel die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten gewählt, mit denen sie im Juni bei den Wahlen für den Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) antreten wird. Herausgekommen ist dabei ein starkes Team, in dem alle Bereiche der Polizei und alle Regionen in NRW vertreten sind. Parallel dazu wird die GdP in den nächsten Wochen auch die Kandidatinnen und Kandidaten für die Personalratswahlen in den 47 Kreispolizeibehörden und den drei Landesoberbehörden aufstellen.

Spitzenkandidat der GdP für den Hauptpersonalrat der Polizei ist für die Beamten der bisherige PHPR-Vorsitzende Rainer Peltz. Spitzenkandidatin für die Tarifbeschäftigten ist Jutta Jakobs. Rainer Peltz war vor seinem vor zwei Jahren erfolgten Wechsel an die Spitze des Hauptpersonalrats der Polizei mehr als zehn Jahre Vorsitzender des Personalrats in der Polizeibehörde des Ennepe-Ruhr-Kreises. Seitdem hat er in vielen Verhandlungen mit dem Innenministerium für die landesweiten Interessen der Polizistinnen und Polizisten, aber auch der Verwaltungsbeamten und der Tarifbeschäftigten der Polizei gestritten. Er gilt als harter Verhandler. Jutta Jakobs war vor ihrem Wechsel in den PHPR Vorsitzende des Personalrates im LKA. Sie will auch in den kommenden vier Jahren dafür sorgen, dass in einer vor allem von Beamten geprägten Behörde die Interessen der Tarifbeschäftigten nicht zu kurz kommen. Hinter den beiden Spitzenkandidaten hat der Beirat eine Liste von weiteren 60 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Auf die vorderen Plätze wur-



den gewählt: Meike to Baben, Polizei-oberkommissarin in der Kreispolizeibehörde Neuss, Michael Maatz, Kriminalhauptkommissar im LAFP, Michael Mertens, Erster Polizeihauptkommissar im Rhein-Erft-Kreis, Markus Robert, Polizeihauptkommissar im PP Recklinghausen, Volker Huß, Erster Polizeihauptkommissar im PP Bielefeld, Wolfgang Spies, Kriminalhauptkommissar im PP Wuppertal, Rainer Axer, Kriminalhauptkommissar im PP Aachen, Lorenz Rojahn, Polizeihauptkommissar im PP Gelsenkirchen, Susanne Klose Polizeihauptkommissarin im PP Bielefeld, Wilhelm Kleimann, Erster Polizeihauptkommissar in der Kreispolizeibehörde Unna, Heiko Müller, Polizeihauptkommissar im PP Essen, Uwe Walde, Polizeihauptkommissar im LZPD, Tanja Klein, Polizei-

oberkommissarin im PP Köln, Frank Schniedermeier, Erster Kriminalhauptkommissar im PP Dortmund, Hartmut Rulle, Erster Kriminalhauptkommissar im PP Münster, Patrick Schlüter, Polizeihauptkommissar in der Kreispolizeibehörde Gütersloh, Michael Nauth, Kriminalhauptkommissar im LKA, Marcus Gronheid, Erster Kriminalhauptkommissar im LAFP, Simone Brünn, Polizeihauptkommissarin im PP Bochum und Frank Jackes, Polizeihauptkommissar im PP Duisburg. Von den 22 erstplatzierten Kandidatinnen und Kandidaten der GdP gehören jeweils acht der Direktion GE bzw. der Direktion K an. Drei der Kandidatinnen und Kandidaten gehören der Direktion V an sowie jeweils einer der Direktionen ZA und WSP. Jeweils zwei der Spitzenkandidatinnen und Kandidaten kommen aus dem LKA und dem LAFP, einer aus dem LZPD.

Noch drei Monate dauert es bis zur Personalratswahl vom 6. – 9. Juni. Dann entscheiden die Beschäftigten, wer in den kommenden vier Jahren ihre Interessen gegenüber der Behördenleitung vor Ort, aber auch gegenüber dem Innenministerium und gegenüber der Politik vertreten wird. Die GdP hat bereits jetzt den Wahlkampf für die Personalratswahlen 2016 eröffnet, weil wir die kommenden Monate dafür nutzen wollen, in allen Polizeibehörden in NRW intensiv über die Frage zu diskutieren, wie die Polizei in Zukunft so aufgestellt werden kann, das sie Antworten auf die massiv gestiegenen Herausforderungen findet. Und wie die Beschäftigten bei der Polizei davor geschützt werden können, dass sie durch ständige zunehmende Anforderungen, durch eine immer größer werdende Arbeitsverdichtung, aber auch durch die fehlende Wertschätzung durch die Politik die Freude am eigenen Beruf verlieren. Wir sind überzeugt, dass sich die in den letzten Jahren massiv verschlechterten Rahmenbedingungen für die Arbeit bei der Polizei auch wieder zum besseren kehren lassen. Wir sind überzeugt, dass die Polizei in den kommenden Jahren nicht nur wieder mehr Personal bekommen wird, sondern auch wieder die Wertschätzung, die sie verdient. Daran arbeiten wir. Deshalb werben wir um Deine Stimme. Denn nur gemeinsam sind wir stark.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 12.3. Hermann Krüger, Gelsenkirchen
- 14.3. Heinz Weßoleck, Ennepetal
- 15.3. Gerhard Behrendt, Euskirchen
- 16.3. Franz Fester, Iserlohn
Erich Latosi, Hattingen
- 20.3. Ursula Droese, Dorsten
- 21.3. Lore Isermann, Wermelskirchen
Marguerite Mingo, Gelsenkirchen
- 24.3. Friedrich König, Bielefeld
Albert Schaub, Gelsenkirchen
- 26.3. Hubert Kieven, Jülich
- 27.3. Hedwig Stahl, Gelsenkirchen

91. Geburtstag

- 1.3. Martha Krusche, Köln
- 8.3. Ingeburg Müller, Bonn
- 10.3. Kurt Werner, Köln
- 16.3. Otto Pieper, Höxter
- 19.3. Erika Kraemer, Recklinghausen
- 21.3. Heinz Luge, Bedburg

- 23.3. Heinrich Frosting, Dortmund
- 24.3. Winfried Zester, Moers
- 28.3. Hedwig Kowoll, Höxter
- 29.3. Hans Skoberne, Telgte

92. Geburtstag

- 2.3. Erika Letzelter, Willich
- 5.3. Hermine Schicks,
Mönchengladbach
- 8.3. Elisabeth Brendgen,
Mönchengladbach
- 10.3. Gerhard Cyranek, Troisdorf
- 10.3. Maria Schebesta, Borken
- 16.3. Alfred Schiewer, Solingen
- 23.3. Ruth Radomski, Kamen
- 26.3. Hubertine Derichs,
Geilenkirchen
- 26.3. Gerdi Haake, Lübbecke
- 29.3. Gertrud Dzykonski, Bremen

93. Geburtstag

- 6.3. Katharina Junker, Aachen
- 16.3. Gertrud de Vries, Schwetzingen
- 21.3. Joachim Kirmse,
Neunkirchen a. Sand
- 23.3. Willi Meurer, Grevenbroich
- 25.3. Maria Weigang, Schalksmühle

94. Geburtstag

- 4.3. Wilhelm Groß, Düsseldorf
- 18.3. Helmut Jürgens, Bielefeld
Franz Luschka, Kreuztal
- 28.3. Hermann Hellmann, Warendorf
- 30.3. Friedrich Stratemeyer, Oldenburg

95. Geburtstag

- 7.3. Elsa Lina Alleweld, Einhausen
- 16.3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
- 25.3. Max Frost, Swisttal
- 27.3. Franz Schmidt, Königswinter
- 29.3. Otto Faßbinder, Alsdorf

96. Geburtstag

- 2.3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4.3. Marie-Luise Gehrke, Hagen
- 18.3. Trude Hakelberg, Köln
- 18.3. Emilie Lotz, Wuppertal

99. Geburtstag

- 4.3. Juliane Murfeldt, Wuppertal
- 5.3. Emma Klussmann, Hattingen

100. Geburtstag

- 5.3. Paul Possart, Bonn

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die April-
Ausgabe ist der 4. März 2016.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Jetzt also doch:

Krankenversicherungskarte soll noch in diesem Jahr kommen

Während die gesetzlich Krankenversicherten schon längst eine Versicherungskarte verwenden, gibt es bei der Polizei in NRW noch immer den Krankenschein. Die Beamtinnen und Beamten müssen deshalb mit einem Abreißblock, der von Hand auszufüllen ist, zum Arzt gehen. Beim Besuch verschiedener Ärzte im Quartal muss jedes Mal eine neue Überweisung eingeholt werden, bevor der Facharzt aufgesucht werden kann. „Das Verfahren ist weder zeitgemäß noch einfach zu handhaben“, kritisiert GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. „Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen sich bei ihren Arztbesuchen mit einem unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand auseinandersetzen. Das muss endlich ein Ende haben!“ Hinzu kommt, dass viele Ärzte mit

der Abrechnung über den Krankenschein überfordert sind, was den Kolleginnen und Kollegen ebenfalls Unannehmlichkeiten bereitet.

Die GdP hatte daher bereits im September letzten Jahres Innenminister Ralf Jäger aufgefordert, endlich eine Versicherungskarte für die Polizei einzuführen. In seinem jetzt vorliegenden Antwortschreiben kündigt Jäger an, dass er von einer Einführung der Krankenversicherungskarte noch in diesem Jahre ausgeht. „Dass wir als GdP das Verfahren beschleunigt haben, ist ein großer Erfolg“, freut sich Arnold Plickert. „Dieser Schritt war längst überfällig.“ Sollte es trotzdem zu einer erneuten Verzögerung bei der Einführung der Versicherungskarte kommen, wird die GdP ihren Druck weiter erhöhen.



Sie sind mit uns zufrieden? Dann empfehlen Sie uns weiter!

Für jeden Neukunden, der aufgrund Ihrer Empfehlung
im März eine Reise im Wert von mind. € 1.500,-
bei uns einbucht, erhalten Sie von uns einen

Reisegutschein*
im Wert von € 25,-
für Ihre nächste Reise.

(der Gutschein ist ausschließlich in unserem GdP-Reisebüro einlösbar, es ist keine Barauszahlung möglich,
ein Verkauf an Dritte ist nicht gestattet, der Gutschein ist nicht auf Stornokosten anrechenbar,
die Erstattung erfolgt automatisch nach Abreise per Überweisung auf Ihr Konto)

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub in dem Reisebüro,
in dem sich Ihre GdP-Mitgliedschaft
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.
Wir freuen uns auf Sie!**

GdP Reiseservice
0211/29101 - 44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de

penguin@gdp-reiseservice.de
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf



Senioren aktuell

Kreisgruppe Duisburg

16. März, 15:00 Uhr, Senioren-Mitgliederversammlung, PSV-Heim, Futterstraße 10, 47058 Duisburg-Duisern.

Kreisgruppe Düren

2. März, 14:00 Uhr, Seniorentreffen, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach,

Bernhard Heckenkemper zum Thema Beihilfeverordnung.

Kreisgruppe Heinsberg

10. März, 15:00 Uhr, Seniorentreffen, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Versorgungsangelegenheiten, Seniorenbetreuung.

Kreisgruppe Köln

17. März, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, Mitarbeiter des LBV sprechen über „Beihilfe zu pflegebedingten Aufwendungen“ und „Allgemeines Beihilferecht“, sind herzlich eingeladen.

GdP aktiv

3. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Köln, 16:00 Uhr, Sängerkreis, Werkstättenstraße 45, Leverkusen-Opladen. Kostenbeitrag: 5,00 € für GdP-Mitglieder und 15,00 € für Nichtmitglieder. Anmeldungen bitte an info@gdp-koeln.de.

3. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Dortmund, 16:30 Uhr, Sozialraum PI 3/PW Körne, Körner Hellweg 113, 44143 Dortmund. Startgeld 7,50 €, Anmeldungen bitte telefonisch über Anne Marquardt 02 31/1 32-10 48 und Volker Tolges -10 43 oder direkt vor Ort bis unmittelbar vor Spielbeginn.

5. 3., Polizeifest der Kreisgruppe, 20:00 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Straße, 41836 Hückelhoven. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.

10. 3., Mitgliederversammlung der

Kreisgruppe Unna, 15:30 Uhr, Gaststätte Bürgerhaus, Heerener Straße 194, 59174 Kamen-Heeren.

10. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16:30 Uhr, Stadthalle Kleve, Lohstätte 7, 47533 Kleve.

11. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16:00 Uhr, Hotel zur Post, Niederste Straße 7, 57439 Attendorn.

11. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Euskirchen, 19:00 Uhr, Kurparkrestaurant, Blankenheimer Straße 1, 53937 Schleiden.

14. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 13:00 Uhr, Kantine, Müngstener Straße 35, 42285 Wuppertal.

14. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 17:00 Uhr, Haus Kaldenhoff, Aktienstr. 140, 45359 Essen.

Mindestteilnehmerzahl 20, Anmeldungen an siegfried.czernik@web.de oder Tel.: 01 76-39 33 79 88, Anmeldeschluss ist der 04.03.2016.

16. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Düren, Zeit und Ort werden bei Anmeldung an gerd.koenigs@polizei.nrw.de bekannt gegeben.

16. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Märkischer Kreis, 16:00 Uhr, Hotel Wilhelmshöhe, Werdohler Str. 54, 58809 Neuenrade.

17. 3., Skat- und Doppelkopfturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15:00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg.

19. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Euskirchen, 20:00 Uhr, Kurparkrestaurant, Blankenheimer Straße 1, 53937 Schleiden.

NACHRUFE

Karl Heinz Schäfer	11.05.45	Aachen	Kurt Lixfeld	01.09.22	Essen/Mülheim
Benno Schilde	04.10.38	Aachen	Maria Menne	19.01.28	Essen/Mülheim
Gerhard Gawlik	04.06.31	AP Düsseldorf	Luise Haarhaus	30.09.18	Gelsenkirchen
Heinz Wehner	27.12.41	AP Münster	Anneliese Hetkamp-Karla	12.03.23	Gelsenkirchen
Ruth Zimmer	06.02.24	Bergisches Land	Bernhard Hövedes	29.09.34	Gelsenkirchen
Margarete Kolbe	10.07.20	Bielefeld	Friedrich Kowallek	19.09.26	Gelsenkirchen
Hildegard Hampel	12.09.23	Bochum	Friedhelm Kedzierski	17.02.28	Hagen
Walther Pulwer	16.03.26	Bochum	Klemens Russe	21.04.43	Hagen
Katharina Brodesser	05.09.21	Bonn	Norbert Schlabbers	15.03.62	Kleve
Paul Landmesser	07.12.20	Bottrop/Gladbeck	Holger Hoffmann	21.03.65	Köln
Hermann Göhler	20.07.25	BZ Carl Severing	Margareta Stugg	07.06.28	Köln
Theo Peetz	25.04.39	BZ Neuss	Fritz Thrun	01.12.19	Köln
Bernd Becker	05.07.47	Dortmund	Frank Hoschek	02.01.51	Mönchengladbach
Christel Duraj-Heyer	31.12.29	Dortmund	Alfons D'renkamp	19.07.31	Neuss
Helene Gschwandtner	10.01.28	Duisburg	Hans Elsen	22.10.31	Siegen
Maria Breuer	05.09.24	Düren	Franz-Josef Hahmann	29.03.58	Siegen
Wolfgang Mäschtig	02.04.57	Düsseldorf	Hiltrud Klose	07.12.49	Siegen
Ulrich Bartelt	22.11.55	Ennepe-Ruhr	Heinrich Krimmel	20.03.25	Solingen
Erika Butter	26.12.26	Ennepe-Ruhr	Günter Zimmerling	11.02.39	Unna
Heinz-Dieter Nockemann	10.06.32	Ennepe-Ruhr	Horst Vermey	08.11.33	WSP
Wolfgang Gigler	18.11.36	Erfstkreis			

